Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied (bis 18:10 Uhr - TOP 14)
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Gäste:

Herr Dr. Manfred Janssen	GF EWG (zu TOP 26)
Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	GF SWR (zu TOP 11 und 12)
Herr Josef Lucas	Vorstand TBR (Zu TOP 3.1)

Verwaltung:

Frau Christine Karasch	Beigeordnete
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Herr Jürgen Grimberg	Leiter Fachbereich 7
Herr Jürgen Wullkotte	Leiter Fachbereich 4
Herr Frank de Groot-Dirks	Leitung Büro des Bürgermeisters / Pressesprecher
Herr Theo Elfert	Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder des Rates:

Frau Sarah Böhme	SPD	Ratsmitglied
Herr Gerhard Cosse	SPD	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied

Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung am 31.05.2016

0:00:40

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 31.05.2016 gefassten Beschlüsse

0:00:50

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Rates durchgeführt worden seien.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Erkenntnisse aus dem Starkregen am 23. Juni 2016 in Rheine

0:02:00

Herr Lucas erinnert an das Starkregenereignis am 23. Juni d. J. in Rheine, bei dem es innerhalb einer Stunde 1 Zehntel der Jahresmenge an Niederschlag gegeben habe. Insbesondere die Bahnstufunterführung und die Anlieger im Bereich des Thiebergs seien von den Wasser- und Schlammmassen ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Kollegen der Kläranlage hätten während des Starkregens festgestellt, dass die abwassertechnischen Anlagen einwandfrei funktioniert hätten. Dazu müsse man allerdings wissen, dass das gesamte Kanalnetz in Rheine mit Regenrückhaltebecken, Pumpstationen und Kläranlage nur für einen sog. „Auslegungsregen“ dimensioniert seien. Der „Auslegungsregen“ beginne, steige an, lasse nach und ende nach einer gewissen Zeit wieder. Er werde durch die Wetterstation in St. Arnold ermittelt.

Bei Starkregen wie am 23. Juni d. J. sei das Kanalnetz aber überfordert gewesen. Dabei würden die Kanäle nicht nur volllaufen, sondern auch oberhalb der Straßen einen Überstau bilden. Wenn man dann noch in Hanglage wohne, wie z. B. am Thieberg, habe man auch noch mit Schlammmassen, die von den angrenzenden Äckern mitgeführt würden, zu kämpfen. Starkregen zusammen mit den Abchwemmungen von den Äckern seien planungstechnisch nicht mehr beherrschbar.

Viele Einwohner von Rheine hätten in den letzten Tagen bemängelt, dass das städtische Kanalnetz nicht ausreichend dimensioniert sei. Dieses treffe leider für den Starkregen am 23. Juni zu. Aber die Anlieger seien auch selbst gehalten, ihre Keller vor Überflutungen zu schützen, indem sie funktionierende Rückstausicherungen vornehmen sollten. Bei den mit vielen Anliegern geführten Gesprächen sei von den Mitarbeitern der Technischen Betriebe häufig festgestellt worden, dass die Rückstausicherung zwar in vielen Fällen vorhanden gewesen sei, die Fallrohre der Regenentwässerung sich aber häufig hinter dem Rückstauventil befunden hätten.

Auch die Planer und Architekten müssten durch bauliche Absicherungen Vorkehrungen für das zunehmende Hochwasser berücksichtigen, denn wenn die Überstauenebene des Regenwassers oberhalb der Straßenoberfläche liege, dann müssten Hauseingänge und Kellerfenster entsprechend höher ausgerichtet werden. Dieses sei durch den Bau barrierefreier Wohnungen häufig nicht der Fall, sodass die Hauseingänge fast ebenerdig zur Straßenoberfläche liegen würden.

Aber auch die Kommunen müssten ihren Beitrag dazu leisten, dass die Kanalsysteme gut funktionieren würden. Dafür existiere in Rheine der zentrale Abwasserplan, nach dem die hydraulischen Bedingungen des Kanalnetzes berechnet würden. Nach diesem Plan seien die städtischen Kanäle für einen „Bemessungsregen“, nicht aber für einen Sturz- bzw. Starkregen, ausreichend und noch weniger für Abchwemmungen von Ackerflächen. Durch die jährlichen Überprüfungen der Kanäle würden auch hydraulische Engpässe und Schäden am Kanalnetz beseitigt. Bei Bedarf würden auch Regenrückhaltebecken gebaut und dort, wo natürliche Vorflutflächen fehlen würden, müssten diese durch Ankauf entsprechender Flächen angelegt werden. Auch die ständige Reinigung der Sinkkästen in den Straßen der Problemzonen müsse sichergestellt werden.

Herr Weßling stellt aufgrund der Ausführungen von Herrn Lucas fest, dass es eine 100-prozentige Absicherung gegen Starkregen nicht geben werde. Die Klimaforscher hätten festgestellt, dass diese Starkregenfälle künftig noch zunehmen würden. Insofern sei seines Erachtens der Gesetzgeber gefordert, bauliche Absicherungen an den Häusern vorzuschreiben. Auch müsse geprüft werden, wie gerade an den neuralgischen Punkten in Rheine, wie z. B. in den Bahnunterführungen, durch bauliche Maßnahmen für Abmilderung gesorgt werden könne.

Herr Lucas antwortet, dass z. B. das Problem in der Bahnunterführung historisch begründet sei. Früher habe es im Bereich des Bahnhofs einen Bahnübergang gegeben, der dann wegen des besseren Verkehrsflusses durch eine Unterführung ersetzt worden sei. Die jetzige Bahnunterführung sei ein absoluter Tiefpunkt, der das gesamte Regenwasser z. B. aus dem Bereich des Thiebergs und des Waldhügels aufnehmen und durchleiten müsse. Es sei geplant, im Umfeld des Bahnhofs Stauraumkanäle zu schaffen oder im Rahmen der Bahnvorfeld-

gestaltung ein unterirdisches Regenrückhaltebecken zu bauen. Aber auch diese Vorkehrungen würden dort bei Starkregen nicht ausreichen.

Herr Reiske erklärt, dass der Starkregen am 23. Juni gezeigt habe, dass auch die Stadt Rheine im Bereich der Klimafolgeanpassung etwas tun müsse. Hierfür müsse ein kommunales Konzept erstellt werden, für das es auch Fördermittel gebe. Er bitte die Verwaltung, sich hiernach zu erkundigen und im Fachausschuss zu berichten.

Herr Christian Beckmann gibt zu bedenken, dass es viele Haushalte in Rheine gebe, die durch den Starkregen Schäden in Höhe von 20.000 bis 40.000 € erlitten hätten, für die eine Versicherung nicht eintrete. Aus der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die Sparkasse für diesen Personenkreis Sofortkredite bereitstelle. Er regt an, dass die Stadt Rheine, ggf. mit Unterstützung des Landrates, Herrn Dr. Effing, beim Land NRW einen Antrag auf Soforthilfe für die Betroffenen stellen sollte, so wie das auch Ende Mai/Anfang Juni beim Hochwasser in Borken der Fall gewesen sei. Dort könnten Privathaushalte, kleine Unternehmen und auch Landwirte noch bis zum 15. Juli d. J. zur Beseitigung ihrer Schäden Gelder zwischen 5.000 und 10.000 € beantragen.

Herr Dr. Lüttmann antwortet, dass sich die Bezirksregierung nach dem Starkregen von sich aus in Rheine gemeldet hätte. So habe z. B. die Vizepräsidentin Frau Feller mit Frau Karasch Kontakt aufgenommen. Dabei sei geklärt worden, dass es zwar für Hochwasserschäden, jedoch nicht für Schäden aufgrund von Starkregenfällen Unterstützung gebe. Ferner habe er, Lüttmann, mit dem Regierungspräsidenten Herrn Prof. Dr. Klenke gesprochen, der den Landrat und Vertreter der am stärksten betroffenen Kommunen zu einem Arbeitsgespräch einladen werde. Konkrete Zusagen für eine finanzielle Unterstützung seien aber bisher nicht gemacht worden.

Als Fazit aus dem Starkregen stellt Herr Dr. Lüttmann fest, dass sowohl die Stadt Rheine als auch die Hausbesitzer für die Zukunft einiges zur Risikominimierung tun müssten.

4. Umbenennung "Großer Saal" der Stadthalle in "Ludger-Meier-Saal"
- Interfraktioneller Antrag
Vorlage: 239/16

0:28:40

Herr Hachmann gibt folgende ergänzende Begründung für den Interfraktionellen Antrag ab:

„Unsere Schulen tragen nicht selten Namen von Freiheitskämpfern und bedeutenden Persönlichkeiten der Geschichte, wie Nelson Mandela, Don Bosco, Bernhard Overberg, Kardinal von Galen oder Elsa Brändström. Mit Josef Winckler trägt unsere VHS zwar den Namen eines gebürtigen Rheinensers, aber die Wenigsten haben ihn persönlich gekannt.

Heute ehren wir einen Rheinenser Bürger, der gefühlt, erst gestern noch unter uns war.

Ludger Meier war im wahrsten Sinne des Wortes einer von uns. Einer der die Geschicke der Stadt über Jahrzehnte maßgeblich mitgeprägt hat und bis zum Ende seines Lebens noch öffentlich tätig war und, wenn auch nicht mehr auf der ganz großen Bühne, so doch weiterhin im Kleinen mitgestaltete. Zuletzt unter anderem an der Zeitschrift „Rheine – gestern heute morgen“.

Bei der heutigen Ehrung geht es nicht darum, andere Persönlichkeiten in den Schatten zu stellen oder gar Ludger Meier über andere zu erheben. Das wäre ganz sicher nicht in seinem Sinne. Es geht auch nicht darum, dass Ludger Meier Zeit seines Lebens über alle Zweifel erhaben gewesen wäre oder nur Freunde gehabt hätte. Wer es als Politiker allen Bürgern recht machen will, macht letztlich nichts richtig.

Nein, es geht darum, dass einer unserer großen Bürger aus der jüngeren Geschichte dieser Stadt – und dazu zählt Ludger Meier zweifelsohne -, einen dauerhaften Platz in unserer Erinnerung bekommt.

Die meisten hier Anwesenden werden Ludger Meier persönlich gekannt haben. Einige schon seit Jahrzehnten, andere erst wenige Jahre.

14 Jahre lang lieh er als damals noch ehrenamtlicher Bürgermeister der Stadt sein Gesicht.

Heute leiht er uns seinen Namen.

Der Große Saal der Stadthalle wird uns ab heute an ihn erinnern und nach ihm benannt werden: Ludger-Meier-Saal.

Kein Freiheitskämpfer, keine bedeutende Persönlichkeit der Geschichte, aber ein großer Rheinenser, einer von uns, der es verdient hat, dass man sich an ihn erinnert.“

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfR folgenden Beschluss:

Der Große Saal der Stadthalle Rheine ist nach Altbürgermeister Ludger Meier zu benennen.

Die Verwaltung wird damit beauftragt, die entsprechenden Vorbereitungen für die Umbenennung zu treffen und mit dem Pächter der Stadthalle, die Einzelheiten abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

**5. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
- Antrag der Arbeiterwohlfahrt vom 23.06.2016
Vorlage: 240/16**

0:32:00

Herr Dr. Lüttmann informiert darüber, dass die Ev. Kirchengemeinde Johannes zu Rheine mit E-Mail vom 30. Juni 2016 für den im letzten Jahr verstorbenen Herrn Pfarrer Harald Klammann das bisherige stellvertretende beratende Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Frau Pfarrerin Claudia Raneberg, und Herrn Pfarrer Dirk Schinkel, zu deren persönlichen Vertreter im Jugendhilfeausschuss bestellt habe. Da es sich hierbei um ein sog. „Klägermandat“ handele, bedürfe es keiner Beschlussfassung durch den Rat.

Beschluss:

1. Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der Arbeiterwohlfahrt vom 23.06.2016 die folgende Änderung in der Besetzung des

Jugendhilfeausschusses:

Stellv. Mitglied: AM Wiebke Fiege, Hopstener Str. 152, 48429 Rheine, anstelle von Frau Melanie Heidschuster als persönliche Vertreterin von AM Petra Fettich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Rat der Stadt Rheine nimmt zur Kenntnis, dass die Evangelische Kirchengemeinde Johannes zu Rheine mit E-Mail vom 30. Juni 2016 das bisherige stellvertretende beratende Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Frau Pfarrerin Claudia Raneberg, zum beratenden Mitglied und Herrn Pfarrer Dirk Schinkel zu deren persönlichen Vertreter entsandt hat.

**6. Änderung in der Besetzung des Stadtentwicklungsausschusses
"Planung und Umwelt"
- Antrag des Integrationsrates vom 13. Juni 2016
Vorlage: 231/16**

0:33:40

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag des Integrationsrates der Stadt Rheine vom 13. Juni 2016 die folgende Änderung in der Besetzung des

Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“:

Beratendes Mitglied: SE Natalia Ilenzeer, Alter Neuenkirchener Weg 18, 48431 Rheine, anstelle von Frau Emine Dursun

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Klimaschutz in der Stadt Rheine
- Neukonzipierung Klimaschutzrat und Produkt Klimaschutz
sowie
- 2. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die
Ausschüsse der Stadt Rheine
Vorlage: 199/16

0:34:15

Frau Karasch berichtet zur Vorlage und über die Beratung dieser im Klimaschutzrat, der einstimmig die Beschlussempfehlung gefasst habe.

Herr Hachmann begrüßt in seiner Funktion als Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ den Beschlussvorschlag. Er gehe davon aus, dass durch die Einbindung des Klimaschutzrates im Stadtentwicklungsausschuss der Klimaschutz in Rheine eine andere Bedeutung bekommen werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Klimaschutzrates folgende Beschlüsse:

1. Die Ratsmitglieder beschließen die Auflösung des Klimaschutzrates

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Änderung der Bezeichnung des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ in Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Die Ratsmitglieder beschließen die der Vorlage als Anlage beigefügte 2. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Der Rat der Stadt Rheine stellt fest, dass durch die 2. Änderung der Zuständigkeitsordnung die Aufgaben der Ausschüsse nicht wesentlich verändert werden, sodass das Verfahren zur Benennung der Ausschussvorsitzenden gem. § 58 Abs. 5 GO nicht zu wiederholen ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Änderung der Organisationsstruktur im Produkt 58 „Klimaschutz“ zur Kenntnis.

**8. Gemeinsame Elternbeitragssatzung für den Elementar- und Primarbereich ab dem 01.08.2017
Vorlage: 158/16/1**

0:39:45

Herr Fühner erinnert an die jahrelangen Beratungen dieser Thematik sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Schulausschuss. In der gemeinsamen Sitzung dieser beiden Ausschüsse am 16.06.2016 sei es darum gegangen, einerseits den städtischen Haushalt zu verbessern und andererseits die Familienfreundlichkeit der Stadt Rheine fortzusetzen. Dabei hätte sowohl das qualitative Angebot im Vorschulbereich bei der Kindertagespflege und der Kindertagesstätten als auch im Primarstufenbereich der OGS sichergestellt werden sollen.

Herr Fühner weist darauf hin, dass der Stadt Rheine allein im Kita-Bereich 20 Mio. € an Kosten entstehen würden, wovon das Land 10 Mio. € und die kirchlichen Träger 0,75 Mio. € übernehmen würden. Der Kostenanteil für die Eltern bringe 1,95 Mio. €, die 14,1 % der Kosten ausmachen würden. Das Land gehe davon aus, dass die Elternbeiträge 19 % der Kosten entsprechen würden. Insofern trage die Stadt diese Differenz von knapp 5 % noch zusätzlich.

In der gemeinsamen Sitzung hätten beide Ausschüsse Priorität auf die Familienfreundlichkeit gelegt, indem auf die vorgeschlagene Erhöhung von 6 % bei der 35-Stunden-Woche verzichtet worden sei, ebenso wie die 6-%ige Absenkung bei der 25-Stunden-Woche, weil sich die Bildungs- und Betreuungsqualität bei einer 35-Stunden-Woche deutlich besser darstellen lasse. Allerdings hätten auch beide Ausschüsse eine 3-prozentige Erhöhung in allen drei Betreuungsstufen analog zu dem in diesem Jahr zu erwartenden KiBiz-Steigerungsumsatz zum 1. August 2017 empfohlen; also erst im nächsten Jahr, um den Eltern Planungssicherheit zu geben.

Bei der Festlegung der Einkommensstufen hätten sich beide Ausschüsse an den Kreis Steinfurt orientiert, in dem die niedrigste Einkommensstufe von 18.000 € auf 24.000 € angehoben worden sei. Auch dieses sei ein familienfreundliches Signal, auch wenn im Ergebnis eine Verbesserung des städt. Haushalts von 27.000 € erwartet werde.

Herr Stefan Gude begrüßt aus Sicht des Schulausschusses die Harmonisierung der Beitragssatzung. Der Schulausschuss habe die Jahreseinkommensgrenzen übernommen; allerdings würden sich die Beitragszahlungen etwas anders gestalten, denn im Schulbereich gebe es einen Höchstbetrag von 180 € bei der Höchsteinkommensgrenze von 96.000 €. Dem Vorschlag der Verwaltung, für die Ferienbetreuung 10 € anzusetzen, sei der Schulausschuss nicht gefolgt. Vielmehr habe er eine einkommensabhängige Staffelung empfohlen. Der Empfehlungsbeschluss des Schulausschusses wirke sich haushaltsneutral aus.

Herr Gausmann zeigt sich sehr erfreut darüber, dass jetzt nach 5-jähriger Diskussion eine rechtskreisübergreifende Geschwisterermäßigung erreicht worden sei, sodass die 66-prozentige Befreiung im Bereich der OGS und im Bereich der Kita und somit eine gleichmäßige Belastung der Eltern erreicht worden sei.

Herr Dr. Lüttmann stellt nochmals deutlich heraus, dass das Ziel dieser heutigen Entscheidung eindeutig der Erhalt der Familienfreundlichkeit in Rheine sei. Die vorliegenden Zahlen würden deutlich machen, dass es nicht um eine Beitragser-

höhung zur Haushaltssanierung gehe. Dieses werde auch dadurch belegt, dass die höheren Beiträge auch erst zum 1. August 2017 erhoben würden und der vom Land bei seiner Kalkulation zugrunde gelegte Elternanteil von 19 % noch um ca. 5 % unterschritten werde.

Frau Floyd-Wenke meint, dass jede zusätzliche Belastung einer Familie diskussionswürdig und ernst zu nehmen sei. Für die LINKEN gehe die von ihren Vorrednern angesprochene „Familienfreundlichkeit“ nicht weit genug. Auch lehne ihre Fraktion die 3-prozentige Erhöhung ab.

Herr Wilp erwidert, dass er vor dem Hintergrund der Aussagen von Frau Floyd-Wenke nicht verstehe, weshalb die LINKEN in der letzten Ratssitzung dann der Resolution nicht zugestimmt hätten, mit der die finanziellen Strukturen im Bereich der Kindertageseinrichtungen hätten erzielt werden sollen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses die nachstehende Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertageseinrichtungen, für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege und in der Primarstufe im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“, der „Schule von acht bis eins“ sowie der „zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages)“ (Elternbeitragssatzung):

**Satzung
über die Erhebung von Elternbeiträgen
für Kinder in Kindertageseinrichtungen,
für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege und in
der Primarstufe im Rahmen der „Offenen Ganztags-
schule“, der „Schule von acht bis eins“ sowie der „zu-
sätzlichen Betreuung (außerhalb des
Offenen Ganztages)“
(Elternbeitragssatzung)
vom _____**

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.06.2015 (GV. NRW. S. 496), des § 90 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I, S. 2022), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.10.2015 (BGBl. I, S. 1802), des § 9 Abs. 2 + 3 des Schulgesetzes für das Land NRW (SchulG NRW) vom 15.02.2005 (GV. NRW. S. 102/SGV NRW 223), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.11.2013 (GV. NRW. S. 618), sowie der §§ 5 und 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.06.2014 (GV. NRW. S. 336), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 05.07.2016 folgende Satzung erlassen:

§ 1 Allgemeines

(1) Für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) wird durch die Stadt Rheine ein öffentlich-rechtlicher Beitrag zum öffentlichen Finanzierungsanteil an den Jahresbetriebskosten gem. § 23 KiBiz erhoben. Die Höhe der Elternbeiträge wird gemäß der in der Anlage 1 dieser Satzung angefügten Beitragsstaffel festgesetzt.

(2) Diese Satzung ist gleichermaßen gültig für die Inanspruchnahme des Angebots der Förderung von Kindern in Kindertagespflege durch eine geeignete Tagespflegeperson, im Haushalt der Tagespflegeperson oder im Haushalt der Personensorgeberechtigten oder in anderen geeigneten Räumen gemäß §§ 22 bis 24 SGB VIII. Auch hierfür wird gemäß § 23 KiBiz ein Elternbeitrag erhoben. Die Höhe des zu entrichtenden Elternbeitrages ergibt sich aus der Anlage 2 zu dieser Satzung. Die „Richtlinien des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales der Stadt Rheine für die Kindertagespflege nach dem Sozialgesetzbuch VIII" in der jeweils gültigen Fassung gelten auch weiterhin.

(3) Diese Satzung gilt für die Inanspruchnahme der Betreuungsangebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule, der Schule von acht bis eins sowie der zusätzlichen Betreuung im Primarbereich. Diese Satzung ist Grundlage für die Erhebung des Beitrages, den Eltern zu leisten haben, die ihre Kinder für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten an der Offenen Ganztagschule, für die Betreuung in Form der „Schule von acht bis eins" sowie der zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages) angemeldet haben. Die Höhe der Elternbeiträge wird gemäß der in der Anlage 3 dieser Satzung angefügten Beitragsstaffel festgesetzt.

(4) Diese Satzung gilt weiterhin für die Inanspruchnahme der Ferienbetreuung im Rahmen der Offenen Ganztagschule/der Schule von acht bis eins/der zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages).

§ 2 Beitragspflichtiger Personenkreis

(1) Beitragspflichtig sind die Eltern oder die Adoptiveltern, mit denen das Kind zusammenlebt. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern.

(2) Wird bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, treten die Personen, die diese Leistungen erhalten, an die Stelle der Eltern.

(3) Mehrere Beitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Höhe der Elternbeiträge, Beitragszeitraum

(1) Die Beitragspflichtigen haben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich öffentlich-rechtliche Beiträge zu den Jahresbetriebskosten der Einrichtung zu entrichten. Die Beiträge werden als volle Monatsbeiträge erhoben. Die Beitragspflicht wird durch Schließungszeiten der Einrichtungen bzw. der Angebote (z. B. in den Ferien) sowie durch die tatsächlichen An- und Abwesenheitszeiten des Kindes nicht berührt.

(2) Die Höhe der Elternbeiträge für die Betreuung ergibt sich aus den Anlagen 1, 2 und 3 dieser Satzung. Im Fall des § 2 Absatz 2 (Pflegeeltern) erfolgt die Einstufung in der zweiten Einkommensgruppe nach der Elternbeitragsstaffel.

§ 3 a
Höhe der Elternbeiträge, Beitragszeitraum
für Kinder in Kindertageseinrichtungen und für die
Inanspruchnahme von Kindertagespflege

(1) Die Elternbeiträge erhöhen sich zum 01.08.2018 um 3,0 v. H., danach jährlich um 1,5 v. H.

(2) Die Beitragspflicht beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem das Kind in die Einrichtung aufgenommen wird und endet in der Regel mit Ablauf des Kindergartenjahres, zu dessen Ende das Kind die Einrichtung verlässt. Unterjährig endet die Beitragspflicht mit Ablauf des Monats, zu dessen Ende der Betreuungsvertrag zwischen Eltern und Träger der Einrichtung wirksam gekündigt wurde. Die Elternbeiträge werden für die vertraglich vereinbarten Betreuungsstunden erhoben. Unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme wird der maßgebliche Elternbeitrag für die Betreuungsform erhoben, für die das Kind angemeldet ist. Das Kindergartenjahr entspricht dem Schuljahr.

(3) Abweichend von Abs. 2 ist gemäß § 23 Abs. 3 KiBiz die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch die Kinder, die am 1. August des Folgejahres schulpflichtig werden, in dem Kindergartenjahr, das der Einschulung vorausgeht, beitragsfrei. Abweichend von Satz 1 ist für Kinder, die vorzeitig in die Schule aufgenommen werden, die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege ab dem der verbindlichen Anmeldung zum 15. November folgenden Monat für maximal 12 Monate beitragsfrei.

(4) Die Träger der Kindertageseinrichtungen und die Tagespflegeperson können von den Eltern ein angemessenes Entgelt für Mahlzeiten verlangen.

(5) Für das Angebot der Kindertagespflege ist abweichend von Abs. 2 Satz 1 der Beitragszeitraum der Zeitraum, in dem sich das jeweilige Kind in Kindertagespflege befindet. Bei der Tagespflege findet der Absatz 2 Sätze 2 und 3 keine Anwendung.

(6) Werden die Angebote der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung und in Kindertagespflege nebeneinander in Anspruch genommen, wird ein Gesamtbeitrag nach Anlage 2 verlangt.

§ 3 b
Höhe der Elternbeiträge, Beitragszeitraum
in der Primarstufe im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“,
der „Schule von acht bis eins“ sowie der „zusätzlichen Betreuung
(außerhalb des Offenen Ganztages)“

(1) Die Elternbeiträge erhöhen sich, wenn das zuständige Landesministerium per Erlass den zulässigen Höchstwert ändert. Der Höchstwert wird für die Inanspruchnahme des Betreuungsangebotes der Offenen Ganztagschule bei einem Bruttojahreseinkommen über 96.000 € verlangt. Die übrigen Beiträge werden analog der heutigen prozentualen Verteilung der Beitragstabelle in Anlage 3 angepasst.

(2) Die Beitragspflicht entsteht mit der Aufnahme des Kindes in das außerunterrichtliche Angebot der Offenen Ganztagschule/der Schule von acht bis eins/der zusätzlichen Betreuung. Sie gilt grundsätzlich für ein Schuljahr (1. August bis 31. Juli) und auch in den Zeiten der Schulferien.

(3) Wird ein Kind im laufenden Schuljahr aufgenommen oder verlässt es gem. § 4 Abs. 6 im laufenden Schuljahr die Offene Ganztagschule/die Schule von acht bis eins/die zusätzliche Betreuung, ist der Beitrag anteilig zum Ende des maßgeblichen Quartals zu zahlen. Wird ein Kind gemäß § 4 Abs. 7 von der Teilnahme in der jeweiligen Betreuungsform ausgeschlossen, so endet die Beitragspflicht erst nach Ablauf des vereinbarten Betreuungszeitraumes (31.07.).

(4) Die Kosten für die Mittagsverpflegung im Bereich der Offenen Ganztagschule sind nicht in den Elternbeiträgen enthalten. Der Caterer kann von den Eltern zusätzlich ein Entgelt für die Mittagsverpflegung verlangen, wobei die Teilnahme an der Mittagsverpflegung freiwillig ist. Im Bereich der Schule von acht bis eins bzw. der zusätzlichen Betreuung wird in der Regel keine Mittagsverpflegung angeboten.

§ 4

Aufnahme, Abmeldung und Ausschluss in der Primarstufe im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“, der „Schule von acht bis eins“ sowie der „zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages)“

(1) An den außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschule, der Schule von acht bis eins sowie der zusätzlichen Betreuung können grundsätzlich nur Schülerinnen und Schüler der Schulen teilnehmen, an denen dieses Angebot besteht.

(2) Die Aufnahme in den Offenen Ganztagschule/die Schule von acht bis eins/die zusätzliche Betreuung erfolgt im Rahmen der Kapazität der jeweiligen Schule. Die Entscheidung über die Aufnahme trifft die Schulleitung.

(3) Aufnahmen während eines laufenden Schuljahres im Bereich der Offenen Ganztagschule sind nur möglich, wenn ein bereits besetzter Platz wieder frei wird. Aufnahmen während eines laufenden Schuljahres im Bereich Schule von acht bis eins bzw. der zusätzlichen Betreuung sind jederzeit möglich, solange die Plätze in der Betreuungsgruppe frei sind oder aber ein bereits besetzter Platz wieder frei wird.

(4) Die Anmeldung zu den Betreuungsangeboten ist freiwillig; die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme daran bindet jedoch für die Dauer eines Schuljahres (1. August bis 31. Juli). In dieser Zeit kann die Einrichtung in den Ferien zeitweise geschlossen sein. Im Bereich der Offenen Ganztagschule verpflichtet die Anmeldung i. d. R. zur regelmäßigen und täglichen Teilnahme an diesem Angebot.

(5) Die Schulen melden bis zum 20. März des jeweiligen Jahres dem Schulträger die Daten nach § 7 Abs. 1 dieser Satzung.

(6) Eine vorzeitige, unterjährige Abmeldung durch die Beitragspflichtigen ist mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende möglich bei

1. Verlust des Arbeitsplatzes,
2. Reduzierung des monatlichen Einkommens um mindestens 20 % gegenüber dem bei der Anmeldung des Kindes erzielten Einkommen,
3. Umzug der Familie und dem damit verbundenen Schulwechsel des Kindes,
4. wenn Anzeichen erkennbar sind, dass eine weitere Teilnahme am Nachmittagsangebot eine unzumutbare Härte für das Kind darstellt,
5. Änderung der Personensorge für das Kind,

6. Wechsel der Schule,
 7. längerfristiger Erkrankung des Kindes (über 4 Wochen).
- Über weitere Abmeldegründe bzw. -termine entscheidet die Schulverwaltung.
- (7) Ein Kind kann vom Schulträger nach Absprache mit der Schule von der Teilnahme der Offenen Ganztagschule, der Schule von acht bis eins bzw. der zusätzlichen Betreuung ausgeschlossen werden, insbesondere wenn
1. das Verhalten des Kindes ein weiteres Verbleiben nicht zulässt,
 2. das Kind das Angebot nicht regelmäßig wahrnimmt,
 3. die Beitragspflichtigen ihrer Beitragspflicht nicht regelmäßig nachkommen,
 4. die erforderliche Zusammenarbeit mit den Eltern oder den rechtlich gleichgestellten Personen von diesen nicht mehr möglich gemacht wird,
 5. die Angaben, die zur Aufnahme geführt haben, unrichtig waren bzw. sind.

§ 5 Einkommensermittlung

(1) Einkommen im Sinne dieser Vorschrift ist die Summe der positiven Einkünfte der Eltern bzw. der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Abs. 1, 2 und 5 a S. 2 des Einkommensteuergesetzes und vergleichbare Einkünfte, die im Ausland erzielt werden. Weitere Vorschriften des Einkommensteuergesetzes insbesondere über Freibeträge, Freigrenzen, Steuerbefreiungen, Vorsorgeaufwendungen und außergewöhnliche Belastungen sind für den Einkommensbegriff nach dieser Satzung nicht von Bedeutung und mindern das Einkommen nicht. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen im Sinne des Satzes 1 sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten öffentlichen Leistungen für die Eltern und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen. Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften und ein Betrag von monatlich 300 € des Elterngeldes nach dem Elterngeldgesetz bleiben anrechnungsfrei. Für das dritte und jedes weitere Kind sind die nach § 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz zu gewährenden Freibeträge von dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen abzuziehen.

(2) Sollte mindestens ein Elternteil folgende Einkünfte haben, wird bezogen auf diese ein Aufschlag in Höhe von 10 v. H. zu diesen Einkünften dazugerechnet:

1. Bezüge aus einem Beamtenverhältnis,
2. Einkünfte auf Grund der Ausübung eines Mandats, auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zusteht oder die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erfolgen hat.

(3) Maßgebend ist das Kalenderjahreseinkommen des der Angabe vorangegangenen Kalenderjahres. Abweichend von Satz 1 ist das zu erwartende Jahreseinkommen des laufenden Kalenderjahres zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres. In diesen Fällen ist nach Ablauf des laufenden Kalenderjahres das tatsächliche Einkommen für diesen Zeitraum nachzuweisen. Ändert sich der beitragspflichtige Personenkreis im laufenden Kalenderjahr, so ist der Elternbeitrag ab dem Ersten des Kalendermonats, in dem die Veränderung eingetreten ist, neu festzusetzen.

(4) Empfänger von Leistungen nach §§ 19, 28 SGB II (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld) und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden für die Dauer des Bezugs dieser Leistung ohne Prüfung der tatsächlichen Höhe in die erste Einkommensstufe eingruppiert.

§ 6 Beitragsermäßigung

(1) Besuchen mehrere Kinder des nach § 2 beitragspflichtigen Personenkreises gleichzeitig eine Tageseinrichtung, nehmen ein Angebot der Kindertagespflege in Anspruch oder nehmen Betreuungsangebote im Rahmen der Offenen Ganztagschule, der Schule von acht bis eins sowie der zusätzlichen Betreuung im Primarbereich wahr und wird für ein erstes Kind ein Beitrag gezahlt, so ermäßigen sich die Beiträge für das zweite Kind auf 1/3 und es entfallen die Beiträge für das dritte und jedes weitere Kind. Die Beitragsermäßigung bzw. -befreiung gilt auch für Geschwister von Kindern, welche bereits gem. § 23 Abs. 3 KiBiz von der Beitragszahlung befreit sind. Sind für die Geschwisterkinder grundsätzlich unterschiedlich hohe Beiträge zu entrichten, so ist der höchste Beitrag zu zahlen und der zweithöchste Beitrag wird auf 1/3 ermäßigt.

(2) Auf Antrag werden die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ganz oder teilweise erlassen, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist (§ 90 Abs. 3 SGB VIII).

§ 7 Auskunfts- und Anzeigepflichten

(1) Für die Festsetzung der Elternbeiträge teilen die Träger der Kindertageseinrichtungen dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die Träger der Offenen Ganztagschule/der Schule von acht bis eins/der zusätzlichen Betreuung dem Schulträger unverzüglich die Namen, Anschriften, Geburtsdaten, die Aufnahme- und Abmeldedaten der Kinder, die vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten der Kinder sowie die entsprechenden Angaben der Eltern mit.

(2) Bei der Aufnahme und danach auf Verlangen haben die Eltern dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe schriftlich anzugeben, welche Einkommensgruppe gemäß den Anlagen ihren Elternbeiträgen zugrunde zu legen ist. Zum Nachweis des maßgeblichen Einkommens müssen die Beitragspflichtigen der Behörde sämtliche für die Beitragsermittlung relevanten und angeforderten Belege einreichen.

(3) Die Beitragspflichtigen sind während des gesamten Betreuungszeitraumes verpflichtet, Veränderungen in den wirtschaftlichen oder persönlichen Verhältnissen, die für die Bemessung des Elternbeitrages maßgeblich sind, unverzüglich mitzuteilen.

(4) Kommen die Beitragspflichtigen ihren Auskunfts- und Anzeigepflichten nicht oder nicht in ausreichendem Maße nach, so ist der höchste Elternbeitrag zu zahlen.

§ 8 Beitragsfestsetzung, Fälligkeit

(1) Die Festsetzung des Elternbeitrages erfolgt durch Bescheid. Die Elternbeiträge werden jeweils zum 15. des Monats fällig.

(2) Bei einer vorläufigen Festsetzung des Elternbeitrages bzw. bei einer Festsetzung nach § 7 Abs. 3 erfolgt die endgültige Festsetzung rückwirkend nach Vorlage der erforderlichen Einkommensunterlagen. Wird bei einer Überprüfung festgestellt, dass sich Änderungen der Einkommensverhältnisse ergeben haben, die zur Zugrundelegung einer anderen Einkommensgruppe führen, so ist der Beitrag ggf. auch rückwirkend neu festzusetzen.

(3) Die Verjährungsfrist für die Festsetzung der Elternbeiträge beträgt gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 4 b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) i. V. m. § 169 Abs. 2 Satz 1 und § 170 Abs. 2 Nr. 1 Abgabenordnung (AO) vier Jahre.

§ 9 Bußgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer die in § 7 bezeichneten Angaben vorsätzlich oder fahrlässig unrichtig oder unvollständig macht. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 1.000 € geahndet werden.

§ 10 Inkrafttreten

Die Satzung tritt zum 01.08.2017 in Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen (Elternbeitragssatzung) vom 22.05.2013 und die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in der Primarstufe im Rahmen der „Offenen Ganztagschule“, der „Schule von acht bis eins“ sowie der „zusätzlichen Betreuung (außerhalb des Offenen Ganztages)“ vom 10.02.2015 mit Ablauf des 31.07.2017 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

9. Stadtparkasse Rheine - Jahresabschluss 2015 Vorlage: 232/16

0:52:50

Die Mitglieder des Verwaltungsrates Sparkasse erklären sich zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages für befangen und nehmen zur Abstimmung hierüber im Zuhörerraum Platz.

Herr Bonk übernimmt zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages die Leitung der Ratsitzung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine

- erteilt den Organen der Stadtparkasse Rheine gem. § 8 Abs. 2 Buchst. f Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NRW) für das Jahr 2015 Entlastung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

- beschließt gem. § 8 Abs. 2 Buchst. g SpkG NRW den Jahresüberschuss/Bilanzgewinn in Höhe von 940.739,45 € wie folgt zu verwenden:

Entsprechend § 25 Abs. 1 Buchst. c SpkG NRW wird ein Teilbetrag in Höhe von 340.739,45 € in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Entsprechend § 25 Abs. 1 Buchst. b SpkG NRW ist ein zweiter Teilbetrag in Höhe von 600.000,00 € an den Träger im Sinne von § 25 Abs. 3 SpkG NRW auszuschütten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen

**10. Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
- Bestellung eines stellvertretenden Geschäftsführers
Vorlage: 238/16**

0:55:00

Herr Weßling merkt an, dass mit dem Ausscheiden des Geschäftsführers Herrn Hötker auch eine Änderung im Bereich der Geschäftsführung vorgesehen sei. Er bittet darum, die Änderung des Gesellschaftervertrages zeitnah dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt auf Empfehlung des Aufsichtsrates den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Herr Christoph Isfort wird zum stellvertretenden Geschäftsführer bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen

**11. Bedarfsermittlung für die zukünftige Bäderstruktur in Rheine
Vorlage: 223/16**

0:56:20

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass auf dem Deckblatt der Vorlage fälschlicherweise der Betrag von 50.000 € als Ertrag ausgewiesen sei; selbstverständlich handele es sich hierbei um eine Aufwendung.

Herr Dr. Schulte-de Groot bezieht sich auf die Vorlage, die bereits im Planungsbeirat Bäder vorberaten worden sei. Er erinnert daran, dass der Rat im Jahre 2012 die Bäder GmbH beauftragt habe, zwei Hallenbäder und ein Freibad zu betreiben. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, dass man sich über die Bäderstruktur in Rheine einmal Gedanken machen müsse. Nachdem die Projektsteuerung ausgeschrieben und vergeben worden sei, sei hierüber auch im baubegleitenden Ausschuss diskutiert worden. Bevor die Machbarkeitsstudie erstellt werde, müsse der Bäderbedarf in Rheine ermittelt werden. Für die Bedarfsermittlung benötige die Bäder GmbH allerdings externe Beratung. Der später vom Rat festgestellte Bedarf solle dann in einer Machbarkeitsstudie entwickelt und letztendlich vom Rat beschlossen und ggf. im Jahre 2020 umgesetzt werden.

Insofern bitte er heute um Zustimmung zur Bedarfsermittlung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Planungsbeirates Bäder der Rheiner Bäder GmbH, vor der Durchführung der Machbarkeitsstudien eine Bedarfsermittlung für das zukünftige Bäderangebot in der Stadt Rheine in Auftrag zu geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

**12. 3. Änderung zur Satzung über die Abfallentsorgung und Wertstoffsammlung in der Stadt Rheine - Abfallentsorgungssatzung
Vorlage: 233/16**

1:00:40

Frau Floyd-Wenke verweist auf § 20 Abs. 4 der Satzung, wonach es Unbefugten nicht gestattet sei, angefallene und zur Abholung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen. Diese Regelung entspreche heute nicht mehr der Realität und gehöre abgeschafft. Es sei heute gang und gäbe, dass Menschen in öffentlichen Müllbehältnissen nach Pfandflaschen oder anderen Wertgegenständen suchen würden. Dieses könne man doch nicht mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 € belegen.

Herr Dr. Schulte-de Groot weist darauf hin, dass es sich bei dem Satzungsentwurf um einen rechtlich abgesicherten Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes handle. Er empfiehlt, ohne fachliche Vorberatung im Verwaltungsrat der TBR von dieser Mustersatzung nicht abzuweichen. Er sagt Frau Floyd-Wenke zu, ihren Hinweis in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates der TBR beraten zu lassen. Sollte der Verwaltungsrat dem Vorschlag von Frau Floyd-Wenke folgen, werde der geänderte Satzungsentwurf dem Rat erneut zur Entscheidung vorgelegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine weist den Verwaltungsrat der Technischen Betriebe Rheine AöR gem. § 114 a Abs. 7 Satz 4 GO NRW an, in seiner Sitzung am 01.09.2016 die „Satzung über die Abfallentsorgung und Wertstoffsammlung in der Stadt Rheine – Abfallentsorgungssatzung –“ in Form der 3. Änderungssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Satzung über die Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11 a ÖPNVG NRW; Verlängerung der Laufzeit
Vorlage: 235/16

1:03:40

Herr Brauer weist darauf hin, dass nach der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine der Bauausschuss für die Angelegenheiten des ÖPNV zuständig sei. Insofern stelle sich für ihn die Frage, ob es zulässig sei, heute diese Satzung ohne Vorberatung im Bauausschuss zu beschließen.

Ferner stellt Herr Brauer die Frage, warum erneut eine Frist bis zum Jahre 2019 vorgesehen sei, zumal es ja wohl offensichtlich vergessen worden sei, die Satzung rechtzeitig zum 01.01.2016 pünktlich beschließen zu lassen.

Frau Karasch antwortet, dass die Vorlage dem Rat ohne Vorberatung im Bauausschuss zur Entscheidung vorgelegt worden sei, um die Satzung noch rechtzeitig zu erlassen und die Fristverlängerung zu erreichen. Die erneute Fristverlängerung sei erforderlich, da am 31.12.2019 auch der Betrauungsvertrag der VSR ende.

Frau Floyd-Wenke beziehe sich auf Ziff. 15 Punkt 3 und erklärt, dass, wenn der Vertrag zum 31.12.2015 ausgelaufen sei, sie dann rückwirkend zum 01.01.2016 und nicht wie in der Vorlage stehend, zum 01.01.2015 in Kraft treten müsse.

Frau Karasch bestätigt die Richtigkeit der Aussage von Frau Floyd-Wenke und bittet darum, das Datum in der Satzung entsprechend zu ändern. Ferner schlägt sie vor, dass der Rat heute formell von seinem Rückholrecht Gebrauch machen sollte, indem die Satzung ohne Vorberatung im Bauausschuss beschlossen werden könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine macht von seinem Rückholrecht gem. § 3 der Zuständigkeitsordnung Gebrauch und beschließt ohne Vorberatung im Bauausschuss die folgende Satzung der Stadt Rheine zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11 a ÖPNVG NRW:

**Satzung der Stadt Rheine
zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale
gemäß § 11 a ÖPNVG NRW
vom _____**

Präambel

Die Stadt Rheine ist Aufgabenträger des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Als solcher erhält sie eine jährliche Ausbildungsverkehr-Pauschale gem. § 11 a Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in

Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) vom Land Nordrhein-Westfalen. Mindestens 87,5 % dieser Pauschale sind gemäß § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW nach einem festen Schlüssel als Zuschuss zu den Kosten, die bei der Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs im Straßenbahn-, O-Busverkehr oder Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen gem. §§ 42, 43 Nr. 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) bzw. Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) entstehen und nicht durch entsprechende Fahrgeldeinnahmen gedeckt werden, an die Verkehrsunternehmen in ihrem Gebiet über eine Allgemeine Vorschrift nach Art. 3 Abs. 2 Verordnung (EG) 1370/2007 (VO 1370/2007) weiterzuleiten. Ziel ist die nachhaltige Absicherung des Schüler- und Ausbildungsverkehrs im ÖPNV.

Eine Allgemeine Vorschrift ist gem. Art. 2 lit I VO 1370/2007 eine Maßnahme, die diskriminierungsfrei für alle öffentlichen Personenverkehrsdienste derselben Art in einem bestimmten geografischen Gebiet gilt, das im Zuständigkeitsgebiet einer örtlich zuständigen Behörde liegt. Als Allgemeine Vorschrift in diesem Sinne regelt diese Satzung die Einzelheiten der Weiterleitung der der Stadt Rheine als Aufgabenträger zugewiesenen Ausbildungsverkehrs-Pauschale an die in ihrem Zuständigkeitsgebiet tätigen Verkehrsunternehmen nach § 11 a ÖPNVG NRW.

Der Rat der Stadt Rheine hat aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496), durch Beschluss vom 05.07.2016 folgende Satzung erlassen:

1 Rechtsgrundlagen

- 1.1 Die Stadt Rheine gewährt Zuschüsse nach Maßgabe dieser Allgemeinen Vorschrift auf Grundlage von § 11 a Abs. 2 S. 6 ÖPNVG NRW i. V. m. Art. 3 Abs. 2 VO 1370/2007 sowie den Verwaltungsvorschriften zum ÖPNVG NRW (VV ÖPNVG NRW) in ihrer jeweils aktuellen Fassung. Sie beachtet die Vorgaben von § 11 a ÖPNVG NRW sowie des Rechts der Europäischen Union durch eine transparente und diskriminierungsfreie Förderung von öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen und eine auf den Nettoeffekt aus der Erfüllung der Tarifpflicht beschränkte Gewährung von Zuschüssen.
- 1.2 Die Stadt Rheine erlässt diese Allgemeine Vorschrift in ihrer Zuständigkeit als Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV nach § 3 Abs. 1 S. 1 ÖPNVG NRW und als zuständige Behörde im Sinne von Art. 2 lit. b VO 1370/2007.
- 1.3 Sie erlässt diese Allgemeine Vorschrift als Satzung gem. § 7 Abs. 1 GO NRW und macht sie gemäß § 16 der Hauptsatzung der Stadt Rheine im Internet unter www.rheine.de bekannt.

2 Anwendungsbereich

- 2.1 Diese Allgemeine Vorschrift gilt im gesamten Zuständigkeitsgebiet der Stadt Rheine als örtlich zuständige Behörde (geografischer Anwendungsbereich).

- 2.2 Sie gilt für alle Straßenbahn-, O-Busverkehr oder Linienverkehre mit Kraftfahrzeugen gem. §§ 42, 43 Nr. 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) bzw. Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) im Anwendungsbereich der Ziffer 2.1. Maßgeblich ist die im jeweiligen Genehmigungsbescheid ausgewiesene Verkehrsform.

3 Begriffsbestimmung

Im Sinne dieser Allgemeinen Vorschrift bezeichnet der Ausdruck:

- a) "Auszubildende": Personen, die nach dem Tarif "Münsterland-Tarif" in seiner jeweils gültigen Fassung zum Erwerb von Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs berechtigt sind. Der danach jeweils berechtigte Nutzerkreis wird erstmalig durch einfachen Ratsbeschluss festgelegt und von der Verwaltung entsprechend der Weiterentwicklung des Münsterlandtarifs fortgeschrieben.
- b) "Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs": Wochen-, Monats- und Jahreskarten, die gemäß Tarifbestimmungen des "Münsterland-Tarifs" in seiner jeweils gültigen Fassung nur von bzw. für Auszubildende erworben werden können, mit Ausnahme von auf den Freizeitverkehr oder andere Verkehrszwecke ausgerichtete Zeitfahrausweise für Auszubildende (z. B. FunTicket und FunAbo).
- c) "Ausbildungsverkehr": Alle Linienverkehre im Sinne von §§ 42, 43 Nr. 2 PBefG bzw. nach Artikel 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) im Zuständigkeitsgebiet der Stadt Rheine, die von Auszubildenden mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs genutzt werden.
- d) "Verkehrsunternehmen": Öffentliche und private Verkehrsunternehmen, die Ausbildungsverkehre durchführen und hierzu eine Genehmigung gemäß §§ 42, 43 Nr. 2 PBefG bzw. Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung), eine einstweilige Erlaubnis nach § 20 PBefG oder die Betriebsführung für einen der genannten Linienverkehre innehaben.
- e) "Wagenkilometer": Tatsächlich erbrachte fahrplanmäßige Nutzwagenkilometer einschließlich Verstärkerfahrten ohne Gewichtung von Fahrzeuggrößen. Ein- und Aussetzfahrten werden nicht berücksichtigt.
- f) "Förderjahr": Kalenderjahr.

4 Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung (Festsetzung Höchsttarife)

- 4.1 Die dieser Allgemeinen Vorschrift zugrunde liegende gemeinwirtschaftliche Verpflichtung ist die Festsetzung eines Höchsttarifs für die Beförderung der Fahrgastgruppe "Auszubildende" mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs auf dem Gebiet der Stadt Rheine. Die Verkehrsunternehmen sind ver-

pflichtet, bei den Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs die nachfolgenden Höchsttarife nicht zu überschreiten.

- 4.2 Der Höchsttarif für die Beförderung von Auszubildenden entspricht bis zum 31.07.2012 dem in den Tarifbestimmungen des "Münsterland-Tarif" festgelegten Tarif für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs sowie den in den Tarifbestimmungen des "Münsterland-Tarifs" anerkannten Übergangs-, Anerkennungs- und Haustarifen für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs in der jeweiligen Fassung.
- 4.3 Ab dem 01.08.2012 wird der Höchsttarif für die Beförderung von Auszubildenden mit Zeitfahrkarten des Ausbildungsverkehrs auf dem Gebiet der Stadt Rheine auf den Referenztarif abzüglich einer Absenkung von 20,01 % festgesetzt. Referenztarif ist der dem Tarif für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs entsprechende Jedermann-Tarif für Zeitfahrausweise ohne Altersbezug des "Münsterland-Tarifs".

Als Referenztarif gilt für die außerhalb des Geltungsbereichs des "Münsterland-Tarifs" angebotenen Fahrausweise im Ausbildungsverkehr der Tarif, der gemäß den in den Tarifbestimmungen des "Münsterland-Tarifs" anerkannten Übergangs-, Anerkennungs- und Haustarifen vom Leistungsumfang (Gültigkeit, Nutzungsbedingungen etc.) mit dem Jedermann-Tarif des "Münsterland-Tarifs" vergleichbar ist.

Der Höchsttarif und der zugeordnete Referenztarif werden erstmalig durch einfachen Ratsbeschluss (einschließlich Zuordnungsbegründung sowie eventueller Zu- bzw. Abschläge bei Unterschieden in der Nutzbarkeit) festgelegt und von der Verwaltung entsprechend der Weiterentwicklung des "Münsterland-Tarifs" fortgeschrieben.

- 4.4 Soweit ein Verkehrsunternehmen entsprechend anerkannte Übergangs-, Anerkennungs- und Haustarife anwendet, hat es diese mit Antragstellung nach Ziffer 8 der Stadt Rheine zu benennen. Die Stadt Rheine legt die hierfür maßgeblichen Referenztarife fest, prüft die Einhaltung der Mindest-Absenkung nach Ziffer 4.3 und nimmt den zugeordneten Referenztarif und den entsprechenden Höchsttarif (einschließlich Zuordnungsbegründung sowie eventueller Zu- bzw. Abschläge bei Unterschieden in der Nutzbarkeit) auf.
- 4.5 Bei beabsichtigten Änderungen der Tarife für Zeitfahrkarten des Ausbildungsverkehrs bzw. Zeitfahrausweise ohne Altersbezug des "Münsterland-Tarifs" bzw. der in den Tarifbestimmungen des "Münsterland-Tarifs" anerkannten Übergangs-, Anerkennungs- und Haustarife informiert das beantragende Verkehrsunternehmen oder eine von ihm beauftragte Stelle die Stadt Rheine bevor der Tarifantrag nach § 39 PBefG gestellt wird. Die Stadt Rheine erteilt die Bestätigung innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag, an dem sie von der beabsichtigten Tarifänderung Kenntnis erhalten hat. Die Bestätigung gilt als erteilt, wenn sie nicht innerhalb der Frist versagt wird. Die Stadt Rheine versagt die Bestätigung zur Änderung des Tarifs nur dann, wenn die vorgegebene Mindest-Absenkung der Zeitfahrausweise gem. Ziffer 4.3 gegenüber dem Referenztarif nicht eingehalten wird.

Gleiches gilt bei beabsichtigten Änderungen der Tarifbestimmungen "Münsterland-Tarif" bezüglich des zur Nutzung von Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs berechtigten Nutzerkreises.

5 Weitere Zuwendungsvoraussetzungen

- 5.1 Die Gewährung eines Zuschusses erfolgt nur unter der Voraussetzung, dass das beantragende Verkehrsunternehmen im jeweiligen Förderjahr die Gemeinschafts-, Übergangstarife und den landesweiten Tarif nach § 5 Abs. 3 ÖPNVG in ihrer jeweils geltenden Fassung anwendet oder zumindest anerkennt.
- 5.2 Voraussetzung für die Gewährung des Zuschusses ist ferner, dass das beantragende Verkehrsunternehmen die von ihm betriebenen und vom Geltungsbereich dieser allgemeinen Vorschrift umfassten Linienverkehre im Bewilligungsjahr im Einklang mit dem jeweils geltenden Nahverkehrsplan des Kreises Steinfurt, sofern er das Zuständigkeitsgebiet der Stadt Rheine betrifft, bedient.

6 Ausgleichsleistung

- 6.1 Öffentliche und private Verkehrsunternehmen werden bei der Gewährung des Zuschusses gleichbehandelt.
- 6.2 Die Höhe des maximal bereitgestellten Zuschussbetrags eines jeden Förderjahres ergibt sich aus den der Stadt Rheine vom Land Nordrhein-Westfalen gem. § 11 a ÖPNVG NRW zur Verfügung gestellten Mitteln. Etwaige Zinserträge bzw. ersparte Zinsaufwendungen, die vom Zeitpunkt des Eingangs der Pauschale bis zu ihrer Weiterleitung entstehen, werden gem. § 11 a Abs. 4 Satz 3 ÖPNVG NRW zur Aufstockung des bereitgestellten Zuschussbetrags verwendet.
- 6.3 Mindestens 87,5 % der auf die Stadt Rheine entfallenden Ausbildungsverkehrs-Pauschale im Sinne von Ziffer 6.2 werden gem. § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW an die Verkehrsunternehmen im Anwendungsbereich dieser Allgemeinen Vorschrift als Zuschuss auf die Kosten gewährt, die bei der Beförderung von Personen mit Zeitausweisen des Ausbildungsverkehrs im Linienverkehr gem. §§ 42, 43 Nr. 2 PBefG bzw. Art. 2 Nummer 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) im Anwendungsbereich dieser Allgemeinen Vorschrift entstehen und nicht durch entsprechende Fahrgeldeinnahmen gedeckt werden, und zwar als Zuschuss für die finanziellen Auswirkungen, die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung (Höchsttarif im Ausbildungsverkehr) nach Ziffer 4 entstehen.

Die Verkehrsunternehmen haben auf Grund dieser Allgemeinen Vorschrift keinen Anspruch auf Gewährung eines Zuschusses bzw. auf die Gewährung eines vollständigen Kostenausgleichs. Dies gilt sowohl hinsichtlich der gesamten Kosten im Ausbildungsverkehr als auch bzgl. des finanziellen Nettoeffektes gem. VO 1370/2007 aus der Tarifverpflichtung nach dieser Allge-

meinen Vorschrift. Die Verkehrsunternehmen erhalten maximal den sich aus Ziffern 6 und 7 ergebenden Betrag, soweit dies nicht zu einer beihilfe-rechtswidrigen Überkompensation (Ziffer 11.) führt.

- 6.4 Maximal 12,5 % der auf die Stadt Rheine entfallenden Ausbildungsverkehrs-Pauschale im Sinne von Ziffer 6.2 werden von der Stadt Rheine zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie Qualitätsverbesserungen im Ausbildungsverkehr dienen, oder für die mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen Aufwendungen verwendet oder hierfür diskriminierungsfrei an öffentliche oder private Verkehrsunternehmen, Gemeinden, Zweckverbände oder juristische Personen des privaten Rechts, die Zwecke des ÖPNV verfolgen, weitergeleitet. Die Stadt Rheine entscheidet insoweit aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

7 Berechnung der Zuschusshöhe

- 7.1 Als Maßstab zur Ermittlung des Anteils des einzelnen Verkehrsunternehmens an den Fördermitteln nach Ziffer 6.3 wird sein prozentualer Anteil an den Erträgen aller Verkehrsunternehmen je Förderjahr im Ausbildungsverkehr im Gebiet der Stadt Rheine herangezogen. Zu den Erträgen im Ausbildungsverkehr zählen entsprechend § 11 a Abs. 2 ÖPNVG i. V. m. Anlage 2 b VV-ÖPNVG NRW:

- alle Fahrgeldeinnahmen aus dem Verkauf von Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs aufgrund des festgelegten Höchsttarifs nach Ziffer 4,
- Erträge aus erhöhten Beförderungsentgelten im Ausbildungsverkehr,
- von den Verkehrsunternehmen vereinnahmte Eigenanteile für Schülertickets gemäß § 97 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen.

Hierzu gehören nicht Ausgleichsleistungen nach § 45 a PBefG anderer Länder sowie Nachzahlungen des Landes NRW nach § 45 a PBefG.

Ebenfalls nicht zu den Erträgen im Ausbildungsverkehr gehören Einnahmen aus dem (Haus-)Tarif "Die Blaue". Um zu verhindern, dass "Die Blaue" zukünftig als Substitut zu Fahrkarten des Ausbildungsverkehrs genutzt wird und somit Ausgleichsleistungen der Verkehrsunternehmen nach § 11 a ÖPNVG NRW sinken, soll der Tarif "Die Blaue" zukünftig mindestens das Preisniveau des "SchulwegMonatsTickets" haben.

Maßgeblich für die Berechnung des Anteils sind nicht die kassentechnischen Einnahmen, sondern grundsätzlich die aufgrund der Einnahmenaufteilung der Verkehrsverbände den Unternehmen zugeordneten und zustehenden Einnahmen. Die Einnahmen aus dem Fahrscheinverkauf verbleiben bei den Verkehrsunternehmen und stehen nicht der Stadt Rheine zu.

- 7.2 Bei Verkehrsunternehmen, die im Gebiet mehrerer Aufgabenträger tätig sind, ist für die Zuordnung der Erträge zum Gebiet der Stadt Rheine für die Berechnung nach Ziffer 7.1 der Prozentsatz der Einnahmen aus dem Ausbildungsverkehr maßgeblich, der sich aus dem Verhältnis der auf dem Gebiet der Stadt Rheine erbrachten Wagenkilometer zu den landesweit (NRW) von dem Verkehrsunternehmen erbrachten Wagenkilometer ergibt.

- 7.3 Einzubeziehen sind auch Erträge aus die Landesgrenzen überschreitenden Linienverkehren mit der Maßgabe, dass nur die in Nordrhein-Westfalen erzielten Erträge anzusetzen sind. Erträge, die auf die außerhalb von Nordrhein-Westfalen verlaufenden Linienabschnitte entfallen, sind nicht einzubeziehen, sondern nach einer branchenüblichen, anerkannten Methode abzugrenzen. Der Stadt Rheine ist zu erläutern, nach welcher Methode die Erträge auf die betroffenen Linien aufgeteilt wurden.
- 7.4 Das Verkehrsunternehmen weist durch Testat eines Wirtschaftsprüfers nach, dass die Erträge im Ausbildungsverkehr gemäß den vorstehenden Anforderungen ermittelt wurden.

8 Antragsverfahren

- 8.1 Ein Zuschuss wird nur auf Antrag bezogen auf ein Förderjahr bewilligt.
- 8.2 Antragsberechtigte sind Verkehrsunternehmen im Sinne von Ziffer 3. lit. d.

Im Falle der Übertragung der personenbeförderungsrechtlichen Betriebsführerschaft nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 PBefG ist nur der Betriebsführer antragsberechtigt.

Im Falle von Gemeinschaftskonzessionen sind die Gemeinschaftskonzessionäre als Gesellschaft bürgerlichen Rechts antragsberechtigt, wenn nicht die Betriebsführerschaft auf ein Verkehrsunternehmen übertragen wurde.

Wechselt im Laufe des Förderjahres der Inhaber der Linienkonzession bzw. die personenbeförderungsrechtliche Betriebsführerschaft einer Linie, ist das einzelne Verkehrsunternehmen berechtigt, für den Zeitraum des Bestandes und der Nutzung der Konzession einen Zuschuss nach dieser Allgemeinen Vorschrift zu beantragen. Der Stadt Rheine ist der Konzessionsübergang bzw. der Wechsel der personenbeförderungsrechtlichen Betriebsführerschaft unverzüglich nach Bekanntwerden mitzuteilen. Es wird auf dieser Basis zeitnah eine Aktualisierung der Auszahlungen durchgeführt. Zuviel erhaltene Mittel des Vorgänger-Verkehrsunternehmens werden von der Stadt Rheine unverzüglich zurückgefordert und dem Nachfolge-Verkehrsunternehmen auf Antrag ausgezahlt. Eine Verzinsung findet bei zeitnaher Rückzahlung nicht statt.

- 8.3 Die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen bei der Stadt Rheine als Bewilligungsbehörde (Stadt Rheine, Fachbereich Planen und Bauen, Klosterstraße 14, 48431 Rheine) sind grundsätzlich bis zum 31.03. des dem zweiten auf das Förderjahr folgenden Kalenderjahres (beispielsweise 31.03.2014 in Bezug auf das Förderjahr 2012) zu stellen. Die Stadt Rheine bestätigt schriftlich den Eingang der Anträge. Anträge, die nach diesem Zeitpunkt eingehen, finden keine Berücksichtigung.
- 8.4 Die Stadt Rheine gewährt im Förderjahr auf Antrag Vorauszahlungen zum 15.05. des Förderjahres in Höhe von 70 % des zu erwartenden Zuschusses für das Förderjahr und zum 15.10. in Höhe von 20 % des zu erwartenden Zuschusses für das Förderjahr auf Basis eines vorläufigen Bewilligungsbescheides. Der Antrag auf Vorauszahlung ist bis zum 31.03. des Förderjahres bei der in Ziffer 8.3 genannten Stelle zu stellen. Ziffer 8.3 Satz 2 gilt ent-

sprechend. Der vorläufige Bewilligungsbescheid steht unter dem Vorbehalt der endgültigen Bescheidung. Im Falle der Beantragung von Vorauszahlung ist bis zum 31.03. des dem zweiten auf das Förderjahr folgenden Kalenderjahres ein Antrag auf (endgültige) Gewährung von Zuschüssen (Schlussabrechnung) entsprechend Ziffer 8.3 für das betreffende Förderjahr zu stellen.

Auf Grund des rückwirkenden Inkrafttretens dieser Allgemeinen Vorschrift gelten für das Förderjahr 2011 sowie das Förderjahr 2012 abweichende Termine (Antrag auf Vorauszahlung bis zum 30.04.2012 für die Förderjahre 2011 und 2012; zum 25.06.2012 Vorauszahlung in Höhe 90 % für das Förderjahr 2011 und in Höhe von 70 % für das Förderjahr 2012).

- 8.5 Grundlage für die Berechnung der Vorauszahlungen sind Prognosen der Verkehrsunternehmen über die voraussichtlichen Erträge im Ausbildungsverkehr für das jeweilige Förderjahr, die auf Basis der Vorjahreswerte entsprechend dem Berechnungsverfahren nach Ziffer 7 zu erstellen (Erträge im Ausbildungsverkehr und ggf. Wagen-km je Aufgabenträger) und der Stadt Rheine mit dem Antrag auf Vorauszahlung zur Verfügung zu stellen sind.
- 8.6 Mit dem Antrag nach Ziffer 8.3 haben die Verkehrsunternehmen ihre Erträge im Ausbildungsverkehr im Sinne von Ziffer 7 mittels Vorlage der Einnahmenezuscheidung der betreffenden Verkehrsverbünde bzw. -gemeinschaften (sog. Einnahmenaufteilung) sowie die Wagen-km je Aufgabenträger in NRW mittels Vorlage einer von einem Wirtschaftsprüfer testierten Aufstellung (Ziffer 7.4) nachzuweisen. Darüber hinausgehende Nachweispflichten des beantragenden Verkehrsunternehmens sind entsprechend dieser Allgemeinen Vorschrift, dem Bewilligungsbescheid und den Angaben im Antrag einzuhalten. Über die vorgelegten Anträge wird nur entschieden, wenn die einzureichenden Antragsunterlagen und Nachweise bis zum Ablauf der Antragsfrist nach Ziffer 8.3 (31.03. des dem zweiten auf das Förderjahr folgenden Kalenderjahres) vollständig vorliegen.
- 8.7 Für die Antragsstellung nach Ziffern 8.3 und 8.4 ist das vom Rat durch Beschluss erstmalig festgelegte Muster zu verwenden. Der Antrag ist rechtsverbindlich zu unterschreiben.
- Änderungen, die für die Bewilligung eines Zuschusses maßgeblich sind bzw. waren (z. B. Änderungen der Genehmigungen, Änderungen der Tarife, Änderung der Einnahmenaufteilung etc.), haben die Verkehrsunternehmen unverzüglich der Stadt Rheine mitzuteilen.
- Nach Ablauf der Antragsfrist nach Ziffer 8.3 bzw. der Antragsfrist für den Antrag auf Schlussabrechnung nach Ziffer 8.4 eintretende Änderungen an den Erträgen des Unternehmens im Ausbildungsverkehr werden grundsätzlich weder in der Schlussabrechnung berücksichtigt noch besteht ein Anspruch auf erneute Vornahme der Schlussabrechnung (Präklusion). Eine nachträgliche Berücksichtigung der Änderung findet ausnahmsweise dann statt, wenn diese mehr als 10 % der Erträge des Unternehmens im Ausbildungsverkehr ausmachen.
- 8.8 Im Falle der Gewährung einer Vorauszahlung behält sich die Stadt Rheine vor, als Sicherheit für die Vorauszahlungen die Vorlage einer selbstschuldnerischen Bankbürgschaft oder einer vergleichbaren Gewährleistung einer Ausfallsicherheit (z. B. Einräumung von Pfandrechten, Einzahlung auf ein Anderkonto etc.) zu verlangen.

- 8.9 Die abschließende Bewilligung des Zuschusses erfolgt auf Antrag nach Ziffer 8.3 bzw. dem Antrag auf Schlussabrechnung nach Ziffer 8.4 mit Erlass eines schriftlichen Zuwendungsbescheids. In diesem Bescheid wird der auf das Verkehrsunternehmen für das jeweilige Förderjahr entfallende Zuschuss festgelegt. Eine Verzinsung von über- oder unterzahlten Beträgen erfolgt bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Eine Korrektur des bewilligten Zuschusses durch den abschließenden Bewilligungsbescheid sowie die Rückforderung etwaiger Überzahlungen bleibt ausdrücklich vorbehalten.
- 8.10 Die Zahlungen erfolgen mittels Überweisung auf ein vom beantragenden Verkehrsunternehmen anzugebendes Konto.

9 Bewilligungsvoraussetzungen; Nachweis-/Mitwirkungspflichten

- 9.1 Der Zuschuss wird nur dann gewährt, wenn das Verkehrsunternehmen im Antragsverfahren folgende Nachweise bzw. Erklärungen vorlegt:
- a) Antrag gemäß Muster.
 - b) Nachweis des aktuellen Konzessionsbestandes im Sinne von §§ 42, 43 Nr. 2 PBefG bzw. Art. 2 Nummern 1.1 oder 1.2 der Verordnung (EWG) Nr. 684/92 (einschließlich Nachfolgeregelung) mit Kenntlichmachung von Gemeinschaftskonzessionen bzw. der Übertragung der personenbeförderungsrechtlichen Betriebsführerschaft.
 - c) Nachweis der vertraglichen Verpflichtung des Verkehrsunternehmens, den "Münsterland-Tarif" und die "Beförderungsbedingungen für die Verbund- und Gemeinschaftstarife in Nordrhein-Westfalen und den NRW Tarif" einschließlich tariflicher Maßnahmen in Umsetzung von § 5 Abs. 3 ÖPNVG NRW in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden.
 - d) Nachweis, dass die genehmigten Beförderungsentgelte für die Zeitfahrtausweise des Ausbildungsverkehrs dem jeweiligen Höchstarif nach Ziffer 4 nicht überschreiten. Dies umfasst bereits für das Förderjahr 2012 den Nachweis, dass ab dem 01.08.2012 der gem. Ziffer 4.3 festgesetzte Höchstarif nicht überschritten wird.
 - e) Eigenerklärung über die Einhaltung des Nahverkehrsplans des Kreises Steinfurt, soweit dieser die Stadt Rheine betrifft.
 - f) Vorlage der für das jeweilige Förderjahr endgültigen Einnahmenezuscheidung der betreffenden Verkehrsverbünde bzw. -gemeinschaften (sog. Einnahmenaufteilung). Im Falle des Antrags auf Vorauszahlung ist die jeweils aktuellste Einnahmenezuscheidung für das Vorjahr vorzulegen.
 - g) Nachweis der Erträge im Ausbildungsverkehr sowie deren Zuordnung gem. Ziffer 7.4.
 - h) Nachweis des Nichtvorliegens einer Überkompensation gem. Ziffer 11.4 oder 11.5.
 - i) Ggf. Vorlage eines öDA bzw. Benennung des öDA gem. Ziffer 11.5.
- 9.2 Die Stadt Rheine kann weitere Unterlagen anfordern, um die Angaben des beantragenden Verkehrsunternehmens zu überprüfen. Soweit das beantragende Verkehrsunternehmen seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nachkommt, wird die Stadt Rheine die entsprechenden Daten aufgrund ei-

gener Bewertungen festlegen und den Ausgleich auf dieser Grundlage festsetzen. Alternativ kann sie den Ausgleich ganz oder teilweise verweigern.

- 9.3 Der von dem beantragenden Verkehrsunternehmen gem. Ziffern 7.4, 11.4 bzw. 11.5 zu beauftragende Wirtschaftsprüfer ist im Einvernehmen mit der Stadt Rheine auszuwählen. Kommt eine einvernehmliche Auswahl des Prüfers nicht zustande, wird ein Zuschuss nicht gewährt. Bestehen auf Seiten der Stadt Rheine Zweifel über die Richtigkeit des Testates nach Ziffern 7.4, 11.4 und 11.5, ist die Stadt Rheine berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung des Zuschusses durch Erhebung zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, auf Verlangen der Stadt Rheine oder dem von ihr beauftragten Dritten Einblicke in die hierfür notwendigen Unterlagen zu gewähren.

10 Zuschussgewährung

- 10.1 Der Zuschuss wird in Form von Zuwendungen im Sinne der §§ 23, 44 Landeshaushaltsordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (LHO) gewährt. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen, den Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die Unwirksamkeit, die Rücknahme oder den Widerruf des Zuwendungsbescheides, die Rückforderung und Verzinsung der gewährten Zuwendung gelten diese Allgemeine Vorschrift sowie die LHO und die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO mit ihren Anlagen in ihrer jeweils gültigen Fassung, soweit diese Allgemeine Vorschrift keine abweichende Regelungen trifft, und das Verwaltungsverfahrensgesetz Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW).
- 10.2 Die Gewährung eines Zuschusses erfolgt unter der Bedingung einer Zuweisung der erforderlichen Finanzmittel durch das Land NRW.
- 10.3 Für das Zuwendungsverfahren ist das vom Rat erstmalig durch Beschluss festgelegte Muster verbindlich.
- 10.4 Die Zuschussempfänger und Dritte, an die die Zuschüsse weitergeleitet werden, unterliegen der Verwendungsprüfung durch den Landesrechnungshof des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß § 16 Abs. 7 ÖPNVG NRW. Nicht anzuwenden ist Nr. 4.4 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO. Ein gesonderter Nachweis für die Verwendung der Zuschüsse zur Förderung der Beförderung mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs ist nicht zu erbringen.
- 10.5 Die Stadt Rheine kann den Zuwendungsbescheid mit Nebenbestimmungen versehen, die der rechtssicheren Durchsetzung der Vorgaben dieser Allgemeinen Vorschrift dienen. Dies betrifft insbesondere nachfolgende Punkte:
- a) Die Verpflichtung zur Beachtung der in Ziffer 4 festgesetzten Höchstattarife im Ausbildungsverkehr.
 - b) Die Vorgabe der Anwendung des Auszahlungsverfahrens nach Ziffer 8 und den Vorbehalt einer Rückforderung bei Feststellung von Überzahlungen im Rahmen der Schlussabrechnung.

- c) Die Anordnung der Verbindlichkeit der Berechnungsregelung nach Ziffer 7.

11 Überkompensation, Rückforderung

- 11.1 Die Zuschüsse dürfen zu keiner Überkompensation des Verkehrsunternehmens führen. Gem. Nr. 2 des Anhangs der VO 1370/2007 darf der gewährte Zuschuss den Betrag nicht überschreiten, der dem finanziellen Nettoeffekt der Summe aller (positiven oder negativen) Auswirkungen der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen auf die Kosten und Einnahmen des Betreibers eines öffentlichen Dienstes entspricht. Die Auswirkungen werden beurteilt anhand des Vergleichs der Situation bei Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung mit der Situation, die vorläge, wenn die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung nicht erfüllt worden wäre.
- 11.2 Für die Berechnung des finanziellen Nettoeffekts ist gemäß dem Anhang der VO 1370/2007 von folgendem Berechnungsmodell auszugehen:
- Kosten, die in Verbindung mit dem Höchsttarif im Sinne von Ziffer 4 dieser Allgemeinen Vorschrift entstehen,
 - abzüglich aller positiven finanziellen Auswirkungen, die innerhalb des Netzes entstehen, das im Zusammenhang Höchsttarif im Sinne von Ziffer 4 betrieben wird,
 - abzüglich Einnahmen aus Tarifentgelten, die in Erfüllung des Höchsttarifs nach Ziffer 4 erzielt werden,
 - zuzüglich eines angemessenen Gewinns.

Die Berechnung der Kosten und Einnahmen erfolgt gem. Nr. 4 des Anhangs der VO 1370/2007 anhand der geltenden Rechnungslegungs- und Steuervorschriften. Berücksichtigungsfähig sind lediglich die Ist-Kosten, die für die Erbringung der fahrplanmäßigen Verkehrsleistungen notwendig sind, für die die rabattierten Tarife im Ausbildungsverkehr Gültigkeit besitzen. Kostenpositionen, die auch durch andere Tätigkeiten des Verkehrsunternehmens verursacht werden bzw. ihnen zugutekommen, sind nur anteilig den berücksichtigungsfähigen Kosten zuzuordnen.

- 11.3 Zur Erhöhung der Transparenz und zur Vermeidung von Quersubventionen ist von den Verkehrsunternehmen eine Trennungsrechnung gem. Nr. 5 des Anhangs der VO 1370/2007 auf der Grundlage des internen Rechnungswesens vorzuhalten und der Stadt Rheine auf Aufforderung vorzulegen. Die Zuordnung der tatsächlichen Kosten und Einnahmen erfolgt sachgerecht und nachvollziehbar nach objektiven Maßstäben sowie einheitlich für alle Tätigkeiten.
- 11.4 Zum Nachweis des Nichtvorliegens einer Überkompensation haben die Verkehrsunternehmen mit Antragstellung nach Ziffer 7.1 eine Trennungsrechnung für den Ausbildungsverkehr vorzulegen, die den vorstehend beschriebenen Bestimmungen des Anhangs der VO 1370/2007 entspricht; sog. Einzelbetrachtungsmethode. Dabei sind der Stadt Rheine insbesondere die tatsächlich erzielten Erlöse und verursachten Kosten im Ausbildungsverkehr mitzuteilen. Diese Trennungsrechnung ist von einem Wirtschaftsprüfer zu prüfen, und das Testat über die Übereinstimmung mit dem Anhang der VO 1370/2007 ist der Stadt Rheine vorzulegen. Die Angemessenheit des Ge-

winns ist gesondert zu erläutern. Bestandteil der Bescheinigung durch den Wirtschaftsprüfer ist auch die Angabe des Betrags, ab dem eine Überkompensation vorliegen würde. Die Stadt Rheine kann weitere Vorgaben zur Aufstellung der Trennungsrechnung und deren Prüfung machen.

- 11.5 Abweichend davon können Verkehrsunternehmen, deren gesamte Verkehrsleistungen Bestandteil einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung unter Beachtung des Rechts der Europäischen Union sind (Bestandbetrauung gemäß der Altmark-Trans-Rechtsprechung oder öffentlicher Dienstleistungsauftrag; nachfolgend öDA), den Nachweis des Nichtvorliegens einer Überkompensation auch durch die Vorlage einer von einem Wirtschaftsprüfer testierten Trennungsrechnung für die Erfüllung dieser gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung erbringen, die den Anforderungen des Anhangs der VO 1370/2007 gerecht wird; sog. Gesamtbetrachtungsmethode. Bestandteil des Nachweises durch den Wirtschaftsprüfer ist auch die Angabe des Betrags, ab dem eine Überkompensation vorliegen würde. Falls bei der Berechnung dieses Betrags ein angemessener Gewinn berücksichtigt wurde, ist die Angemessenheit des Gewinns gesondert zu erläutern. Das Verkehrsunternehmen hat bei Antragstellung den öDA bei der Stadt Rheine vorzulegen. Soweit die Stadt Rheine selbst den öDA vergeben hat, reicht dessen Benennung.
- 11.6 Im Falle einer Überkompensation wird der Zuschuss neu festgesetzt und die Stadt Rheine verlangt den Zuschuss ganz oder teilweise zur Vermeidung eines beihilfewidrigen Tatbestands einschließlich Verzinsung mit 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz gem. § 247 BGB zurück. Für die Verzinsung ist auf den Zeitpunkt der jeweiligen Auszahlung ab der die Überzahlung eingetreten ist abzustellen. Der zurückgeforderte Betrag wird auf die übrigen Verkehrsunternehmen im Verhältnis ihrer Anteile an der Förderung nach dieser Allgemeinen Vorschrift ohne ein weiteres Antragsverfahren für das betroffene Förderjahr verteilt. Das Überkompensationsverbot ist zu beachten.

12 Ermächtigung zur Datenverarbeitung, Weitergabe an Dritte

- 12.1 Die Stadt Rheine ist als zuständige Behörde bzgl. des gemäß dieser Allgemeinen Vorschrift gewährten Zuschusses gem. Art. 7 Abs. 1 VO 1370/2007 berichtspflichtig. Entsprechend werden die Daten der Verkehrsunternehmen in den Grenzen der Berichtspflicht veröffentlicht. Die Verkehrsunternehmen, denen ein Zuschuss nach dieser Allgemeinen Vorschrift gewährt wird, können sich insoweit nicht auf Vertraulichkeit bzw. Geheimhaltung der von ihnen übermittelten Daten berufen.
- 12.2 Das Verkehrsunternehmen erklärt sich mit der Weitergabe und Verarbeitung der Daten an Dritte, deren Hilfe sich die Stadt Rheine zum Zwecke der Zuschussberechnung bedient, einverstanden. Die Stadt Rheine wird auch im Falle der Einschaltung Dritter zur Berechnung der Zuschusshöhe eine vertrauliche Behandlung der Daten durch die Vereinbarung von Geheimhaltungsverpflichtungen mit dem Dritten sicherstellen. Von der Erlaubnis zur Weitergabe an Dritte ausgenommen sind alle Daten, die nicht zur Berechnung der Höhe des Zuschusses erforderlich sind; dazu gehören insbesondere

re die Daten im Zusammenhang mit dem Nachweis des Nichtvorliegens einer Überkompensation nach Ziffer 11.

13 Anreizregelung

Das Verfahren zur Gewährung von Zuwendungen nach dieser Allgemeinen Vorschrift gibt den Verkehrsunternehmen einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung und der Erbringung von Personenverkehrsdiensten in ausreichend hoher Qualität. Da nach dieser Allgemeinen Vorschrift kein Anspruch auf die Gewährung eines Vollkostenausgleichs im Ausbildungsverkehr besteht, tragen die Verkehrsunternehmen das Marktrisiko. Daraus resultiert ein Anreiz, die Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Unternehmens stetig zu steigern. Die qualitativen Rahmenvorgaben für die Verkehrsunternehmen ergeben sich aus den jeweils gültigen Nahverkehrsplänen.

14 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die nach dieser Allgemeinen Vorschrift gewährten Zuschüsse sind Subventionen im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionengesetz NRW. Soweit sich subventionserhebliche Tatsachen ändern, ist dies der Stadt Rheine unverzüglich mitzuteilen.

15 Ermächtigung, Inkrafttreten und Laufzeit

15.1 Die Verwaltung wird ermächtigt, die erstmalig vom Rat beschlossenen Höchsttarife und Referenztarife im Sinne der Ziffern 4.2 und 4.4 sowie bezüglich des zur Nutzung von Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs berechtigten Nutzerkreises im Sinne von Ziffer 3 lit. a entsprechend der Tarifentwicklung bzw. Tarifbestimmungen fortzuschreiben. Die Fortschreibungen sind durch die Stadt Rheine ortsüblich gem. § 16 der Hauptsatzung bekanntzumachen.

Die Verwaltung wird ebenfalls ermächtigt, die erstmals vom Rat beschlossenen Muster zur Antragstellung im Sinne der Ziff. 8.7 und für das Zuwendungsverfahren im Sinne der Ziff. 10.3 zu ändern.

15.2 Die Stadt Rheine wird ermächtigt, zum Zwecke der Berechnung der Höhe der Zuschüsse und der Vorauszahlungen Dritte einzuschalten.

15.3 Diese Allgemeine Vorschrift tritt rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2019. Die Laufzeit kann durch entsprechenden Beschluss des Rates der Stadt Rheine verlängert oder verkürzt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 14. 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine, Kennwort: "Erweiterung Grundversorgungszentrum Felsenstraße"**
- IV. Aufhebung des Feststellungsbeschlusses vom 16. Februar 2016**
- V. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
- VI. Feststellungsbeschluss nebst Begründung**
Vorlage: 185/16

1:09:30

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst auf Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ folgende Beschlüsse:

IV. Aufhebung des Feststellungsbeschlusses vom 16. Februar 2016

Der Rat der Stadt Rheine hebt seinen Feststellungsbeschluss vom 16. Februar 2016 zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

V. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 293/15, hier Anlage 8) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 293/15, hier Anlage 8) und § 4 Abs. 2 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

VI. Feststellungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 6 Abs. 6 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung werden die 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine, Kennwort: „Erweiterung Grundversorgungszentrum Felsenstraße“ und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 15. Bebauungsplan Nr. 333, Kennwort: "Felsenstraße-West", der Stadt Rheine**
- IV. Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 16. Februar 2016**
 - V. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
 - VI. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB**
 - VII. Satzungsbeschluss nebst Begründung**
- Vorlage: 187/16**

1:11:20

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ folgende Beschlüsse:

IV. Aufhebung des Satzungsbeschlusses vom 16. Februar 2016

Der Rat der Stadt Rheine hebt seinen Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 333, Kennwort: „Felsenstraße–West“ vom 16. Februar 2016 auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

V. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 408/15, hier Anlage 8) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 408/15, hier Anlage 8) und § 4 Abs. 2 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

VI. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB)

Gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB wird festgestellt, dass

- a) durch die Verschiebung/Aufgabe eines Bereiches ohne Ein- und Ausfahrt im Kreuzungsbereich Felsenstraße/Walnussstraße bzw. entlang der Walnussstraße die Grundzüge der Planung nicht berührt werden,
- b) die Öffentlichkeit im Rahmen der Wiederholung der Offenlage in der Zeit vom 05.05. – 06.06.2016 die Möglichkeit der Stellungnahme hatte und der betreffende Grundstückseigentümer der Änderung zugestimmt hat, sowie

- c) die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TBR Rheine als Straßenbaulastträger) die Änderung gefordert haben.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die unter Punkt a beschriebene Änderung des Entwurfes des Bebauungsplanes nach der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

VII. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung werden der Bebauungsplan Nr. 333, Kennwort: "Felsenstraße-West", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 16. 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 75,
Kennwort: "Grundversorgungszentrum Friedrich-Ebert-Ring",
der Stadt Rheine**
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadt-
entwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 164/16

1:12:40

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ folgende Beschlüsse:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

im Norden	durch die nördliche Grenze der Mittelstraße bis zur Parkstraße durch die westliche Grenze der Parkstraße bis zur Pappelstraße durch die nördliche Grenze der Pappelstraße
im Osten	durch die westliche Grenze des Flurstücks 488 durch die südöstliche Grenze des Flurstücks 629 durch die nördliche Grenze des Flurstücks 645 durch die östliche Grenze der Hauenhorster Straße
im Süden	durch die südliche Grenze der Edith-Stein-Straße weiter durch die westliche Grenze der Catenhorner Straße und durch die südliche Grenze der Bühnertstraße
im Westen	durch die westliche Grenze der Flurstücke 52, 53 und 77 zwischen Mittelstraße und Bühnertstraße

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. **Neubau Kindergarten Thieberg**
- Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln
Vorlage: 192/16

1:14:40

Herr Remke berichtet über die ausführliche und intensive Diskussion dieses Tagesordnungspunktes im Bauausschuss, der mehrheitlich dem Rat den vorliegenden Empfehlungsbeschluss unterbreitet habe.

Herr Roscher gibt zu bedenken, dass in der kommunalen Selbstverwaltung eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung von besonderer Bedeutung sei. Bei der ersten Baukostenschätzung habe die Verwaltung mitgeteilt, dass eine Luftwasserwärmepumpe kostengünstiger sei als die ursprünglich vorgesehene Lösung. Im Ergebnis habe sich jedoch herausgestellt, dass diese Luftwasserwärmepumpe den Kostenansatz erheblich überstieg. Auch sei die Topografie des Geländes dieser Kita der Politik nicht sofort vorgestellt worden, wie die Ausschussmitglieder es hätten erwarten dürfen. Die Parkplatzsituation sei vernachlässigt worden. Und wenn dann noch lapidar erklärt werde, dass es üblich sei, dass von den Baukostenschätzungen abgewichen werde und eine Abweichung von 30 % als normal dargestellt werde, dann könne dieses dazu führen, dass Vertrauen in Misstrauen umschlage.

Herr Roscher fordert, dass innerhalb der Verwaltung ein Umdenken stattfinden müsse, damit solche Fehleinschätzungen in Zukunft ausgeschlossen würden. Die SPD-Fraktion erwarte zukünftig eine qualifizierte Kostenschätzung und -fortschreibung. In diesem Falle hätten die Abweichungen mit der Politik früher kommuniziert werden müssen. Dennoch werde die SPD-Fraktion heute dem Beschlussvorschlag zustimmen, um die Baumaßnahme nicht zu gefährden.

Herr Dr. Lüttmann gesteht ein, dass der Verwaltung in diesem Falle ein Fehler unterlaufen sei, der aber offen kommuniziert worden sei. Der Grund der Kostenabweichung sei ein Übertragungsfehler gewesen, den man aber nie ausschließen könne, wenn Menschen am Werk seien.

Frau Karasch erläutert anhand der Kostenschätzung auf der Grundlage der Vorentwurfsplanung von Juni 2014 sowie der Kostenberechnung von Mai 2015 und der Kostenfortschreibung aufgrund der Ausführungsplanung von Juni 2016 die Kostenentwicklung für den Kindergarten Thieberg. Sie stellt dabei fest, dass es nichts Außergewöhnliches sei, wenn sich die Kostenberechnungen während einer so langen Bauphase ändern würden, wie z. B. in diesem Falle durch die Beauftragung eines externen Bauleiters, weil die Verwaltung aufgrund der Flüchtlingsunterbringung keine freien Kapazitäten mehr gehabt hätte. Bei einer solchen Baumaßnahme seien Kostenabweichungen zwischen 7 und 8 % kein exorbitanter Preisanstieg.

Selbstverständlich hätte der Übertragungsfehler der Verwaltung nicht passieren dürfen. Dafür wolle sie sich auch entschuldigen. Die Verwaltung werde bemüht sein, auch künftig bei derartigen Projekten vertrauensvoll mit der Politik zusammenzuarbeiten. Sie erwarte aber auch, wenn derartige menschliche Fehler unterlaufen würden, eine sachliche und faire Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit.

Herr Hachmann vertritt die Auffassung, dass solche Übertragungsfehler sicherlich ärgerlich seien. Wenn man derartige Fehler aber zugebe und nicht verschweige, dann sei dieses Verhalten auch eine vertrauensbildende Maßnahme. Da dieses in diesem Falle erfolgt sei, werde die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Weßling hat ein Problem, dass diese Maßnahme mit der Flüchtlingsproblematik in Verbindung gebracht werde. Diese Argumentation könne in der Öffentlichkeit falsch interpretiert werden.

Herr Dr. Lüttmann und Frau Karasch merken hierzu an, dass die Beauftragung eines externen Architekten nachweislich mit dem hohen Arbeitsanfall gerade im Bereich des Gebäudemanagements und des Hochbaus ursächlich mit der Flüchtlingsunterbringung zu tun gehabt habe.

Auf Frage von Frau Floyd-Wenke, warum als Deckungsvorschlag das Projekt „Unterbringung Flüchtlinge“ von der Verwaltung ausgewählt werden sei, antwortet Frau Karasch, dass es sich sowohl bei der Kita als auch bei der Unterbringung von Flüchtlingen um investive Maßnahmen handele, die gegenseitig durch Beschluss zur Deckungsfähigkeit herangezogen werden könnten. Dieser Deckungsvorschlag gehe nicht zulasten der Flüchtlinge, denn durch den reduzierten Flüchtlingszustrom in den letzten Monaten seien einige Bauvorhaben für die Unterbringung nicht mehr erforderlich, sodass die dafür veranschlagten Haushaltsmittel als Deckungsvorschlag zur Verfügung stünden.

Herr Berardis merkt kritisch an, dass der Bauausschuss einmal im Monat tage und die Verwaltung insofern durchaus die Möglichkeit gehabt habe, schon zu einem früheren Zeitpunkt über die Kostensteigerung zu berichten, anstatt jetzt erst kurz vor der Fertigstellung der Kita.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bauausschusses beschließt der Rat der Stadt Rheine für den Neubau Kindergarten Thieberg die Bereitstellung zusätzlich erforderlicher überplanmäßiger Mittel in Höhe von 232.000 € aus dem Projekt „Unterbringung Flüchtlinge, Budget/Kostenstelle 5202-600“.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Stimmenthaltung

19. Widmung von Straßen Vorlage: 220/16

1:33:15

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Bauausschusses folgenden Beschluss:

Folgende Straßen werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23.09.1995 (StrWG NW – GV. NW. S. 1028, Ber. in GV. NW. 2003 S. 766) für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

- 1. Dutumer Straße** von Zeppelinstraße bis Felsenstraße
- 2. Schwedenstraße** von Wettringer Straße bis Offlumer Straße und zwei Fuß- und Radwege Schwedenstraße
- 3. Offlumer Straße** von Schwedenstraße bis Oberstraße
- 4. Gronauer Straße** von Hohe Straße bis Schwedenstraße
- 5. „Stichweg“ Wadelheimer Chaussee** Wadelheimer Chaussee 123 - 133
- 6. Horstmannstraße** im Bebauungsplan Nr. 108 „im Lied-Süd-Teil A“
- 7. Salzweg** von Stovener Straße bis Randelbachweg einschl. Stichweg
- 8. Schoppenkamp – Stichstraße** Schoppenkamp 22 bis 30a
- 9. Steinburgweg** von Wadelheimer Chaussee bis Ohner Weg
- 10. Lindvennweg** von Thiestraße bis Nielandstraße
- 11. Engernstraße** Stichweg Flurstück 784 Engernstraße 3 - 11

Die Straßen erhalten die Eigenschaft von Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Straßen- und Wegegesetzes. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Die Übersichtspläne sind Bestandteil dieser Widmungsverfügung. Die als Fuß- und Radweg dargestellten Flächen werden nur für den öffentlichen Fußgänger- und Radfahrerverkehr gewidmet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

20. Einwohnerfragestunde

20.1. Benefizkonzert am 9. Juli 2016 auf dem Marktplatz

1:34:00

Herr Helmut Glauch, Sandkötters Hof 11, 48429 Rheine, weist darauf hin, dass am Samstag, dem 9. Juli, ein Benefizkonzert zugunsten der durch den Starkregen geschädigten Personen in der Bahnunterführung durchgeführt werden solle, und zwar auf dem Marktplatz in der Innenstadt. Dieses Konzert solle bereits um 18:00 Uhr beginnen und um 22:00 Uhr enden. Er möchte wissen, warum die Genehmigung nicht bis 24:00 Uhr erteilt werden könne.

Herr Dr. Lüttmann antwortet, dass das Benefizkonzert vom Fachbereich Recht und Ordnung genehmigt worden sei. Dabei müsste aufgrund der vielen Veranstaltungen, die in der Innenstadt stattfinden würden, auch auf die Nachtruhe der Anwohner Rücksicht genommen werden. Er werde die Anfrage aber nochmals von der Ordnungsverwaltung prüfen lassen und sagt Herrn Glauch eine schriftliche Antwort zu.

21. Anfragen und Anregungen

21.1. Benefizkonzert am 9. Juli 2016 auf dem Marktplatz

1:36:25

Herr Brunsch bezieht sich auf die Frage von Herrn Glauch in der Einwohnerfragestunde und erklärt, dass es ein Gespräch zwischen einer Initiatorin des Benefizkonzertes und der Ordnungsverwaltung gegeben habe, bei dem im Einvernehmen das Ende des Konzertes um 22:00 Uhr festgelegt worden sei. Als die anderen Initiatoren hierüber informiert worden seien, sei diese Entscheidung kritisiert worden, denn bis 22:00 Uhr könnten kaum Einnahmen erzielt werden.

Er, Brunsch, habe dann auch versucht, mit der Ordnungsverwaltung diesbezüglich in Kontakt zu treten und habe heute eine E-Mail erhalten, aus der hervorgehe, dass man über das Ende der Veranstaltung nochmals nachdenken wolle. Natürlich müsse die Stadt Rheine bei der Genehmigung eines solchen Benefizkonzertes auf dem Marktplatz die Vorschriften der Nachtruhe beachten. Dennoch würden die Initiatoren darum bitten, die Genehmigung für das Konzert bis 24:00 Uhr zu verlängern.

Herr Brunsch gibt zu bedenken, dass es sich hierbei um ein Benefizkonzert und nicht um eine kommerzielle Veranstaltung handle. Nicht nur die Initiatoren dieses Benefizkonzertes hätten großes Interesse an dieser Verlängerung, um den durch den Starkregen Geschädigten zu helfen. Er bittet die Verwaltung, ggf. in Absprache mit den Anliegern des Marktplatzes eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

21.2. Projekt des Kreises und der Fachhochschule Steinfurt zur Stromgewinnung

1:39:00

Herr Roscher erklärt, in der Zeitung habe gestanden, dass der Kreis Steinfurt in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule in Steinfurt an einer wasserstoffbetriebenen Stromanlage arbeite. Mit dieser Anlage solle aus regenerativer Energie zunächst Wasserstoff hergestellt werden, der dann mit dieser Anlage in Strom umgewandelt werde.

Herr Roscher bittet die Verwaltung und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz, sich mit diesem Projekt einmal zu beschäftigen mit dem Ziel, sich hieran zu beteiligen.

In dem Zusammenhang habe die SPD-Fraktion an die Theodor-Blank-Kaserne gedacht, denn wenn diese freigezogen würde, könnte sie neben der Flüchtlingsunterbringung auch der Speicherung regenerativer Energien dienen.

**21.3. Mitnutzung der Elektrofahrzeuge und Elektrofahrräder der Stadt durch die Bürger
- Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

1:44:40

Herr Hachmann verweist auf den als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und erläutert diesen kurz.

Herr Dr. Lüttmann sagt zu, den Antrag zunächst nach förderrechtlichen und haftungsrechtlichen Aspekten zu prüfen, bevor nach praktikablen Umsetzungsmöglichkeiten gesucht werde.

Ende des öffentlichen Teils:

18:45 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Theo Elfert
Schriftführer